

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1933

84 (20.7.1933)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-890975](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-890975)

Nachrichten

für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch
auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises
Leitung: H. Zirt. Druck und Verlag von E. Zirt.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vor-
mittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten.
Bei gerichtlicher Klage, Kontroversverfahren usw. wird etwa bewilligter
Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld
Anzeigenpreise: Die einpaltige Kopfszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg.
Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einspruchsrecht

Schließlich 17

Blatt Nr. 390

Nr. 84

Elsfleth, Donnerstag, den 20. Juli

1933

Arbeitsdienst in Deutschland und im Ausland

Der deutsche Arbeitsdienstgedanke ist aus dem Wesen des Nationalsozialismus entspringend, dessen Vergeistigung und Stärke in dem Grundgesetz besteht: Die Gesamtheit ist alles, der einzelne nichts. Der ethische Gedanke des Arbeitsdienstes: Arbeit um ihrer selbst willen im Interesse des Allgemeinwohles zu erfüllen, ist in keiner Weise vom Wesen des Nationalsozialismus zu trennen und ist in der Ausführung die effektivste und vornehmste Aufgabe, der sich ein Mensch unterziehen kann. Gemeinnützig geht Eigentum.

Welches ist nun der Grundgedanke des deutschen Arbeitsdienstes? Er ist entstanden aus der Selbstliebe des deutschen Volkes, da die übrige Welt bei der Einstellung gegen uns ihre finanzielle Hilfe verweigerte. Sodann aus der zwingenden Notwendigkeit daraus, unseren Staatshaushalt von den drückenden Lasten der unproduktiven Arbeits- und Erwerbslosenfürsorge zu entlasten bzw. diese für uns so zu gestalten, daß für die ausgegebenen Mittel auch eine Gegenleistung im Staatsinteresse einzuflehen hat.

Hieraus ergab sich die Forderung nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht von Staats wegen in der Erwartung, daß sich mit dieser die freie Wirtschaft gleichzeitig mit belebt.

Aber dieser Gedanke allein war für den Arbeitsdienst nicht erschöpfend. Es lag dabei gleichzeitig auch das ethische Ziel vor Augen, als Volkserzieher der deutschen Jugend, die sich bei ihrer sexuellen Not und Verzweiflung in Selbsthate zu binden und Jugenderbänden zusammengefunden hatte, von Staats wegen die Wege zu weisen und vorzubereiten, auf denen sie den praktischen Anschluß an den gesunden völkischen Gedanken, das kameradschaftliche Gemeinschaftsgefühl und den soldatischen Geist der Disziplin finden konnte, weil ihr selbst zu Bewußtsein gekommen war, daß es nie, wie es bisher war, nicht weiter gehen konnte, da ihr jede Hoffnung auf ein Lebensziel genommen war, wenn sich nicht eine andere Bewegung oder Strömung ihrer annähme.

Unter besonderer Betonung, daß der deutsche Arbeitsdienst gleich Friedensdienst ist, beruht das große und alleinige Ziel des Arbeitsdienstes für uns Deutsche nur darin: Unter Zusammenfassung und vollen Einsatz unserer druck liegenden und nach Betätigung ledigen deutschen Arbeitskraft das Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und dem durch das Weltall Diktat noch mehr beschränkten Lebensraum für das deutsche Volk günstig zu gestalten und gleichzeitig Erzieher der deutschen Jugend im Sinne des nationalsozialistischen Gedankens zu sein. Nur diese Tendenz, der alle militärischen Grundlagen fehlen, liegt dem deutschen Arbeitsdienst zugrunde, der eine Sozialfrage für das deutsche Volk ist.

Es ist daher für uns Deutsche im höchsten Maße unvermeidlich, wenn sich der Genfer Antrag auf Verbot der Arbeitsdienstpflicht für Deutschland darauf stützt, als wäre der Arbeitsdienst eine verpaltete militärische Angelegenheit und demgemäß eine nicht zu duldende Vertragsverletzung.

Stimmen aus England und Italien lassen in neuerer Zeit bereits eine Wandlung in uns günstigerem Sinne erkennen, so z. B. die italienische Zeitung „Lavoro Fascista“ vom 13. Mai, die feststellt, daß der deutsche Arbeitsdienst in seinem Ausbau zur Arbeitsdienstpflicht sowohl von der Wirtschaft als auch vom bisherigen freiwilligen Arbeitsdienst in wesentlichen Punkten verschieden sei, und daß die Aufgaben moralischen und gesundheitslichen Wirtungen der Arbeitsdienstpflicht für Deutschland von großem Segen seien.

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, die verschiedenen Tendenzen des Arbeitsdienstes im Ausland näher zu besprechen. Der Gedanke des Arbeitsdienstes marschiert in der ganzen Welt. Als einziger Staat hat bisher Bulgarien die Arbeitsdienstpflicht durchgeführt, und es sind bisher in der Zeit von 1921 bis 1932 rund 200 000 Mann durch den Arbeitsdienst gegangen. Auf streng militärischer Grundlage haben Amerika, Kanada und Südafrika ihren Arbeitsdienst aufgebaut. Interesse für den Arbeitsdienst besteht in Schweden, Spanien und Ungarn. Anlässe sind festzustellen in Polen und Litauen. Im Westen ist der Arbeitsdienst in Holland, Tschechoslowakei und Dänemark. Dänemark hat Ausführungsbestimmungen über die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit der Jugend erlassen, die sich eng an die Bestimmungen des deutschen freiwilligen Arbeitsdienstes anschließen. England, welches sich mehr dem deutschen Standpunkt anzunähern scheint, hat der „Times“ zufolge eine Reihe von Vorgesellschaftlichen unter dem Namen „Friedensdienst“ von großer Seite aus organisiert, und es wird das erste dieser Lager bei Godshill an der nordwestlichen Küste des New Forest gegründet. Hierzu sollen junge Leute aller Klassen herangezogen werden, und zwar nicht nur Arbeitslose, sondern auch höhere Schüler und Studenten. In der Schweiz sind 4 Gruppen für den Arbeitsdienst tätig:

- a) Evangelischer Arbeitsdienst mit 4 Lagern, b) Studentenarbeitsdienst mit 4 Lagern, c) Genossenschaftlicher mit acht Lagern und d) Katholischer Caritas-Verband mit 6 Lagern. 1932 sind in der Schweiz circa 1000 Mann im Arbeitsdienst zusammengefaßt gewesen.

Auf rein militärischer Basis haben den Arbeitsdienst aufgezogen: Kanada kürzlich mit 3000 Mann. In Südafrika ist Aufstellung eines Spezial-Service-Corps erfolgt, dessen Gerippe die Armee bildet. Ein formiertes Bataillon in Stärke von 170 Offizieren und 1521 Mann ist bereits aufgestellt. Am eindrucksvollsten ist die Schnelligkeit der Entwicklung des Arbeitsdienstes in Amerika, wo einem Bericht der amerikanischen Militärzeitung „Army and Navy Journal“ vom 20. Mai d. J. zufolge der Präsident Roosevelt am 12. Mai Anweisung gegeben hat, mit der Aushebung der Arbeitswilligen und der Eröffnung der Arbeitslager sofort zu beginnen, so daß am 1. Juli 1933 nicht weniger als 274 375 Mann in 1300 Lagern bereit fertig stehen. Als Führer für das Arbeitsdienstkorps gelangten aus dem aktiven Heere 3029 Offiziere zur Einstellung, zu denen weitere 1200 Reserveoffiziere und 169 der Marine traten. Es sind somit in kürzester Zeit Hunderttausende ausgemustert, eingestellt und ausgerüstet worden —

Und was sagt Genf hierzu?

Ersparnisse in den Kommunen

Wänderung des Gesetzes vom April 1933

Das Gesetz zur Erzielung weiterer Ersparnisse in der gemeindlichen Verwaltung vom April ds. Js. ist durch ein neues Gesetz in einer Reihe von wichtigen Punkten abgeändert worden. Aus den Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz teilt der Amtliche Preussische Verordnungsblatt vom 20. April ds. Js. die Erzielung weiterer Ersparnisse in der gemeindlichen Verwaltung vom 6. April d. J. mit. Es ist bestimmt worden, daß in Stadtgemeinden bis zu 10 000 Einwohnern die Stelle des Bürgermeisters, der Mitglieder des Gemeindevorstandes und der Beigeordneten grundsätzlich ehrenamtlich zu verwalten sind. Umfang und Schwierigkeit der Verwaltungsgeschäfte, vor allem aber die Notwendigkeit restloser persönlicher Unabhängigkeit erfordern es aber in der Regel, daß auch in Städten unter 10 000 Einwohnern die Stelle des Bürgermeisters oder eine andere leitende Stelle hauptamtlich und befristet verwaltet wird.

Das Vnderungsgezet sieht daher vor, daß in Stadtgemeinden mit nicht mehr als 10 000 Einwohnern die Stelle des Bürgermeisters oder eines Beigeordneten (Stadtrats, Ratsherren) hauptamtlich und befristet zu verwalten ist.

Diese Regelung soll jedoch die an sich wünschenswerte stärkere Einparthaltung des ehrenamtlichen Elements in die Gemeindeverwaltungen dort nicht verhindern, wo Umfang und Eigenart der Verwaltungsgeschäfte eine ehrenamtliche Verwaltung als ausreichend erscheinen lassen. In derartigen Fällen kann durch Ortsrat bestimmt werden, daß auch die obengenannten Stellen ehrenamtlich verwaltet werden. Damit bleibt namentlich für die kleineren Städte die Möglichkeit offen, zu der billigeren ehrenamtlichen Verwaltung überzugehen oder sie beizubehalten.

Kommt in Fällen, in denen gegen die ehrenamtliche Verwaltung Bedenken nicht bestehen können, eine Ortsratung nicht zustande, so wird es den Aufsichtsbehörden zur Pflicht gemacht, diese ersatzweise zu ernennen.

Ortsratungen über die Einrichtung einer hauptamtlichen Verwaltung, die auf Grund des Gesetzes vom 6. 4. 1933 beschlossen worden sind, verlieren mit dem Inkrafttreten des Vnderungsgezetes ihre Bedeutung. Dagegen ist nunmehr in allen Fällen, in denen auf Grund der Vorchrift dieses Gesetzes bereits eine ehrenamtliche Verwaltung eingerichtet ist und gegen die Beibehaltung derselben nicht Bedenken bestehen, alsobald ein entsprechendes Ortsstatut zu beschließen. Durch Gesetz vom 6. April 1933 war ferner die Einrichtung befristeter leitender Stellen in Landgemeinden und in rheinisch-westfälischen Ämtern mit nicht mehr als 3000 Einwohnern gänzlich ausgeschlossen worden. Es hat sich jedoch gezeigt, daß in besonders gelagerten Fällen auch für einzelne dieser Gemeinden und Gemeindeverbände eine hauptamtliche Verwaltung unentbehrlich sein kann. Das gilt in erster Linie für Kurorte und Badeorte, in denen die Gemeindeverwaltungsgeschäfte die Arbeitskraft einer geeigneten Persönlichkeit restlos in Anspruch nehmen. Aus diesem Grunde ist durch das Vnderungsgezet diese Bestimmung aufgehoben worden. Dadurch wird,

wie schon bisher den Landgemeinden und Ämtern von mehr als 3000 bis 10 000 Einwohnern, so auch den Landgemeinden und Ämtern mit nicht mehr als 3000 Einwohnern die Möglichkeit eröffnet, auf Grund einer genehmigungspflichtigen Ortsratung den Gemeindevorsteher oder einen Schützen hauptamtlich und befristet anzustellen.

Um zu verhindern, daß von dieser nur für ganz besonders gelagerte Ausnahmefälle gedachten Möglichkeit in zu weitgehendem Umfang Gebrauch gemacht wird, werden die Aufsichtsbehörden angewiesen, Anträge auf Genehmigung derartiger Ortsratungen in bestimmten Fällen, in denen sie selbst nach gewissenhafter Prüfung die Einrichtung einer hauptamtlichen Verwaltung für unabweisbar geboten halten, vor Auspruch der Genehmigung dem Minister des Innern zur Entscheidung vorzulegen.

Mitarbeit der Beamtenschaft

Verbreitung nationalsozialistischer Gedankengutes

Der preussische Ministerpräsident und Minister des Innern, Göring, hat folgenden Erlaß an die preussische Beamtenschaft gerichtet:

„Anlässlich der Uebernahme der Dienstgeschäfte des preussischen Ministeriums des Innern habe ich die Beamtenschaft aufgefordert, getreu den Idealen altpreussischer Beamtenschaft Preußen wieder zum Fort der Sauberkeit, Sparsamkeit und hingebenden Pflichtenfüllung zu machen. Ich habe in meiner Rede als Ministerpräsident vor dem Landtag am 18. 5. 1933 diese Forderungen erneut als oberste Richtlinie für die öffentliche Verwaltung herausgestellt. Wenn die Beamtenschaft gewillt ist, in freudiger Mitarbeit nach besten Kräften zum Aufbau des nationalsozialistischen Staates beizutragen, kann sie den Beweis dafür am sichtbarsten liefern, indem sie diese altpreussischen Beamtentugenden befestigt, um so mehr, als sie den Grundanschauungen des Nationalsozialismus vom Wesen und den Pflichten des Beamten vollauf entsprechen.“

Ich habe Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß es Pflicht jedes Beamten ist, diesen Zielen nachzuleben. Dazu gehört in erster Linie, daß jeder seine eigenen Wünsche, Interessen und vermeintlichen Ansprüche zurückstellt gegenüber dem Dienst am Ganzen. Dies aus innerer Ueberzeugung zu tun, wird einem jeden um so leichter gelingen, je mehr er bestrebt ist, sich mit dem Gedankengut der nationalsozialistischen Weltanschauung und Staatsauffassung vertraut zu machen. Nur dann wird die Gewähr gegeben sein, daß die Arbeit der Behörden volkswirksam bleibt und die richtunggebenden Anordnungen der Staatsführung verständnisvoll, zielbewußt und einheitlich ausgeführt werden.

Alle Behördenleiter haben die Beamten zu eingehender Beschäftigung mit den Grundfragen der heutigen Staatspolitik und mit dem Gedankengut des Nationalsozialismus anzuhalten. Sie haben dafür zu sorgen, daß jedem Beamten, obwohl die grundsätzlichen Ausführungen der Landtagsrede vom 18. 5. 1933 als auch insbesondere die wichtigsten Werke des nationalsozialistischen Schrifttums in ausreichendem Maße zugänglich gemacht werden. Auf das Buch des Führers „Mein Kampf“ weise ich besonders hin.

Ich erwarte, daß alle Behördenleiter die Anschaffung des nationalsozialistischen Schrifttums und seiner Verbreitung unter der Beamtenschaft ihr besonderes Augenmerk zuwenden. Die Leiter von Behörden, die über keine eigene Bücherei verfügen, haben aus den ihnen für Geschäftsbetriebszwecke zur Verfügung stehenden Mitteln meigstens die wichtigsten Schriften zu beschaffen und ihre Beamten darauf hinzuweisen. Den Behördenleitern mache ich zur Pflicht, auch persönlich aufzuklären und belegend auf die Beamtenschaft in diesem Sinne einzuwirken und sich bei Gelegenheit davon zu überzeugen, daß den Beamten das wesentliche Gedankengut der Bewegung nicht fremd geblieben ist.

Auch in Preußen keine Kommissare mehr

Der preussische Innenminister hat einen Erlaß über die Tätigkeit von Kommissaren z. B. V. herausgegeben, der sich an das Rundschreiben des Reichsinnenministers an die Landesregierungen anschließt. Es wird darauf hingewiesen, daß nach den siegreichen Wahlen der nationalen Revolution die Staatsgewalt in vollem Umfang in Händen der nationalsozialistischen Führung liegt. Daraus sei die Gewähr dafür geboten, daß auch die nachgeordneten Behörden sich ausnahmslos im Sinne der nationalsozialistischen Bewegung betätigen. Sollten irgendwo Mißstände in der Verwaltung auftreten, so genüge es, die vorgelegten Stellen darauf aufmerksam zu machen, um eine umgehende Abstellung zu gewährleisten. Eine Kontrolle der Staatsverwaltung oder gar Eingriffe in sie durch außenstehende Stellen dürfen, um eine geordnete Verwaltungstätigkeit nicht zu gefährden, in Zukunft nicht mehr stattfinden, selbst wenn sie nur bis zum Einschreiten der vorgelegten Dienststelle gedacht sind. Derartigen Versuchen ist mit allen Mitteln entgegenzutreten und sofort an das Innenministerium zu berichten. Die Tätigkeit der bisher eingesetzten Kommissare wird in der Regel abgeschlossen sein. Nur in Ausnahmefällen mag eine vorübergehende Arbeit notwendig sein.

Deshalb sollen die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten bis zum 1. August an den Innenminister berichten, welche Kommissare in ihrem Bezirk noch tätig sind, von wem sie eingesetzt sind und welcher Aufgabebereich ihnen zugewiesen ist. Gleichzeitig ist anzugeben, zu welchem Zeitpunkt die Kommissare ihre Aufgabe erledigt haben. Der Kreis der Kommissare ist durch Runderlaß des Ministerpräsidenten vom Anfang Mai sehr eng begrenzt. Wo noch Kommissare auftreten sollten, die sich nicht auf die Ermächtigung einer in diesem Runderlaß genannten Stellen berufen können, ist ihren Uebertragungen keine Folge zu geben und sofort dem Innenministerium zu berichten. Behörden haben Anweisungen ausschließlich von ihren vorgelegten Dienststellen entgegenzunehmen.

Mindestpreise für Raps und Rüben

Ausbau des Festprogramms der nationalen Regierung.
Das Festprogramm der nationalen Regierung macht eine Förderung des deutschen Ostlandbaues neben der bereits in Angriff genommenen Förderung der Erzeugung einheitlicher tierischer Fette erforderlich, um den deutschen Bedarf an Fettstoffen in zunehmendem Maße aus eigener Erzeugung zu sichern.

Die Reichsregierung wird deshalb Vorkahrungen treffen, die die Oelmäher in die Lage versetzen, den Anbauern künftig einen Preis von mindestens dreißig Reichsmark je Doppelzentner Raps und mindestens vierundzwanzig Reichsmark je Doppelzentner Leinöl in diesem Jahre und von mindestens vierundzwanzig Reichsmark je Doppelzentner in nächsten Jahre zu zahlen.

Die genannten Preise werden gelten für gute, gesunde, trockene Ware (zur Herstellung von Speiseöl geeignet), ab Wollbahnstation des Landwirts bei Lieferung von vollen Wagonladungen, desgleichen für jedes Quantum bei Anlieferung frei Mühle.

Landwirten, die Raps und Weizen im Lohn bei Delmalen schlagen lassen, wird empfohlen, besondere Nachrichten darüber von Seiten der Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse zu beachten, damit auch ihnen die entsprechenden Vorteile zugute kommen können. — Für den Absatz der anfallenden Delfuchen wird besondere Vor Sorge getroffen.

Auf Grund der getroffenen Regelung hat der deutsche Landwirt für ein weiteres Arbeitsgebiet sichere Aussicht auf einen gerechten Lohn.

Fortführung der Kleinfiedlung

Bereitstellung weiterer 50 Millionen RM

Aus den Mitteln, die auf Grund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 von der Reichsregierung zur Verfügung gestellt sind, gelangt in diesen Tagen ein Teilbetrag von 50 Millionen RM für die Fortführung der vorläufigen Kleinfiedlung durch den Reichsarbeitsminister zur Verteilung. Bisher sind rund 120 Millionen RM für die Kleinfiedlung verwendet worden, mit denen rund 46 000 Siedlerstellen gefördert wurden.

Mit den neuen 50 Millionen RM hofft man weitere 20 000 Siedlerstellen schaffen zu können.

In einem Rundschreiben an die Regierungen der Länder weist der Reichsarbeitsminister u. a. auf die Gesichtspunkte hin, nach denen die Verteilung der Mittel zu erfolgen hat. Danach ist eine rein kontingentmäßige Verteilung der Stellen nicht zulässig.

An Orten, an denen die Kleinfiedler voraussichtlich künftig keinen Erwerb finden werden, dürfen Kleinfiedlungen nicht geschaffen werden.

Der Reichsarbeitsminister weist ferner auf die Schaffung von Kurzarbeiterfiedlungen industrieller Betriebe hin, durch die ein möglichst großer Erfolg hinsichtlich der Entlastung des Arbeitsmarktes erzielt werden soll. Zum Zweck der Entlastung der Großstädte und Industriebezirke sollen weitere Siedlungsarbeiten bevorzugt solchen Personen gegeben werden, die aus dem Lande in die Stadt gezogen und nunmehr Willens sind, auf das Land wieder zurückzuziehen, um dort eine neue Existenz zu gründen.

In den Großstädten mit über 100 000 Einwohnern sollen Kleinfiedlungen nur in der Form der Kurzarbeiterfiedlung oder der Einzelfiedlung vorgehen werden. Während bisher als Kleinfiedler nur solche Personen angesehen werden konnten, die eine Unterfiedlung aus öffentlichen Mitteln bezogen, können nunmehr allgemein solche Familien als Siedler ausgewählt werden, deren Einkommen das durchschnittliche örtliche Einkommen von Erwerbslosen nicht wesentlich übersteigt.

Vollbeschäftigte Arbeiter können jedoch angesichts der beschränkten Mittel noch nicht zugelassen werden. Dagegen können kinderreiche minderbemittelte Familien mit fünf und mehr minderjährigen Kindern auch dann als Siedler anae-

hört werden, wenn der Siedleranwärter in voller Arbeit steht. Damit verfolgt der Reichsarbeitsminister weiterhin die Förderung der künferreichen Familien.

Anträge auf Gewährung von Siedlungsdarlehen sind allein an die örtliche Gemeindebehörde zu richten.

Unorganisierte werden nicht geduldet

In Kreisen der Deutschen Arbeitsfront wird an die verschiedenen Ausführungen leitender Persönlichkeiten der Deutschen Arbeitsfront erinnert, wonach im neuen nationalsozialistischen Staat das Bürgerrecht verknüpft sein werde mit der Befähigung zum Miteinander im Wiederaufbau des Vaterlandes. Jede Mitarbeit könne der einzelne Volksgenosse vor allem dadurch zum Ausdruck bringen, daß er sich einer der großen anerkannten Organisationen als Mitglied anschleße. Bei diesen Organisationen handelt es sich vor allem, abgesehen von der NSDAP, um die NSBO, SA, SS, oder Stahlhelm sowie um die in der Deutschen Arbeitsfront jetzt zusammengefaßten neuen Berufsverbände.

Da der Eintritt in die NSDAP, NSBO, SA, SS, und Stahlhelm gegenwärtig gesperrt ist, käme jetzt nur der Anschluß an die Deutsche Arbeitsfront in Frage, deren Führer nun einen großzügigen Werbefeldzug angeordnet hat, um den Unorganisierten Gelegenheit zu geben, durch Anschluß an die Arbeitsfront am Wiederaufbau mitzuarbeiten. Es wird darauf hingewiesen, daß es durchwegs möglich ist, daß auch dieses Korps zur Mitarbeit am Aufbau verschlossen werde. Andererseits solle der Werbefeldzug zum Ausdruck bringen,

daß die Mitglieder der Berufsverbände nicht länger gewollt wären, neben sich in den Betrieben Tausende von Unorganisierten zu dulden.

Die Pflicht der Einordnung aus durchsichtigen Gründen zu entstehen verbleibe. Die Unorganisierten müßten sich nunmehr entscheiden, ob sie sich eingliedern oder die Folgen ihres Ausbleibens auf sich nehmen wollten. Dabei werde jedoch eine Doppelmittgliedschaft zu mehreren anerkannten Verbänden nicht zur Pflicht gemacht werden.

Enge wirtschaftliche Verbindung

zwischen Wirtschaftsministerum und Arbeitsministerium.

Berlin, 19. Juli.

Nachdem zwischen dem Reichswirtschaftsminister Schmitt und dem Reichsarbeitsminister Selbde eine engere Zusammenarbeit verabredet worden ist, ist nunmehr ein Verbindungsamt ernannt worden.

Der bisherige Pressereferent des Reichswirtschaftsministeriums Dr. Pöhl, der neben dem Pressereferat das sozialpolitische Referat verwaltete, hat das Pressereferat abgegeben und verwallt nunmehr gleichzeitig im Reichsarbeitsministerium das Referat Treuhänder, Wohnpolitik usw. Damit sind zwei wichtige Abteilungen, die in früheren Jahren unter anderen Regierungen oft schwere Differenzen miteinander hatten, in eine Hand gelegt.

Nach deutschem Vorbild

Mahnung Roosevelts im Rundfunk

New York, 19. Juli.

In einer Rundfunkansprache äußerte Präsident Roosevelt u. a., daß viele Amerikaner seien darauf aus, mit möglichst geringer Arbeitsleistung Geld zu verdienen.

Es sei an der Zeit, daß jeder Amerikaner auf dieses der Einzelperson und der ganzen Nation schädliche Bestreben, etwas ohne Gegenleistung zu erhalten, verzichte.

Jeder sollte sich klar machen, daß ein befriedigender und sicherer Gewinn nur durch redliche Arbeit erlangt werden könne.

Die katholischen Verbände

Wiederherstellung des Friedens im Vereinsleben.

Amlich wird mitgeteilt: Im Reichsministerium des Innern fand eine Besprechung zwischen Ministerialdirektor Dr. Buttmanmang und den Vertretern des Deutschen Episkopats Erzbischof Groeber von Freiburg und Bischof Berning von Osnabrück andererseits statt. Die Besprechung bezog sich auf die Festlegung des Verzeichnisses der nach dem Reichsfontordrat zuzulassenden katholischen Verbände

Die Besprechung verlief harmonisch und führte zu einem befriedigenden Ergebnis. Das Verzeichnis der hiernach zugelassenen Verbände wird demnächst veröffentlicht werden. Bereits jetzt kann mitgeteilt werden, daß eine Reihe von Verbänden nicht mehr zugelassen oder schließlich zugelassen wird wie zum Beispiel der Volksverein für das katholische Deutschland, der Friedensbund deutscher Katholiken u. a. m.

Die verbleibenden Verbände sind in zwei Gruppen geteilt. Die Verbände der ersten Gruppe verfolgen ausschließlich religiöse, rein kulturelle oder charitative Zwecke und sind der kirchlichen Behörde unterstellt. Sie werden in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit vom Reich geschützt. Der Staat hat ihnen gegenüber keine weitgehenden Einmischungsbefugnisse, als sie sich aus der allgemeinen Treupflicht der Staatsbürger gegenüber dem Staat an sich ergeben.

Verbände, die außer religiösen, kulturellen oder charitativen Zwecken auch anderen, darunter auch sozialen oder berufständlichen Aufgaben dienen, können in staatliche Verbände eingetragene werden. Sie müssen Gewehr dafür bieten, daß ihre Tätigkeit keinerlei parteipolitischen oder gewerkschaftlichen Charakter annimmt. Sie genießen ebenfalls für ihr Eigentum und ihr Eingebenen den Schutz des Reiches.

Sie dürfen ihre bisherigen Satzungen beibehalten, es sei denn, daß in diesen Satzungen Zwecke vorgehrieben wären, die dem neuen Staat an sich zuwiderläufigen. Soweit nicht die etwaige Eingliederung in staatliche Verbände die Befolgung von Vorschriften notwendig macht, die sich aus der Einordnung an sich ergeben, soll von Eingriffen in das Bestehen abgesehen werden.

Die Mitglieder der katholischen Organisationen sollen legendenredlichen Nachteil in Schule und Staat aus ihrer Zugehörigkeit nicht erfahren.

Damit ist der Friede auch im katholischen Vereinsleben wiederhergestellt und gesichert.

Neuaufbau der Landwirtschaft

Reichs Ernährungsminister Darré hat auf Grund des Reichsgesetzes vom 14. Juli über die Neuorganisation des Aufbaues des Standes der deutschen Landwirtschaft den Reichsobmann der bäuerlichen Selbstverwaltung, Wilhelm Meiberg, derzeitigen Reichslandbaupräsidenten, mit der Einleitung und Durchführung aller Arbeiten im Zusammenhang beauftragt, die im Sinne obigen Gesetzes notwendig sind.

Das gegebene Arbeitsgebiet wird in folgende vier Referate aufgeteilt: Fragen der freien landwirtschaftlichen und bäuerlichen Organisationen, Referent Heimlich Reinte, M. d. L.; Fragen der Landwirtschaftskammern als halbamtliche Selbstverwaltungsorgane, Referent Wittenberg, Dr. Karl Kräuße; Fragen des Genossenschaftswesens, Referent Präsident Arnold Trumpf; Fragen des Landhandels, Referent Reichskommissar Herbert Dähler, M. d. L.

Um mit den Bauern in den Ländern und Landestellen sowie mit ihren Regierungen eine möglichst enge Verbindung aufrecht zu erhalten, hat der Minister innerhalb des Zuständigkeitsbereiches eines Landesbauernführers die für die Arbeiten im Sinne dieses Gesetzes zu seinem Sonderbeauftragten ernannt.

Kulturpolitische Pressekonferenz

Berlin, 19. Juli.

Im Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung fand erstmals eine kulturpolitische Pressekonferenz statt. Dr. Bode schilderte die erhöhte Bedeutung, die dem Feuilleton zukommt, nachdem in der Vergangenheit das Feuilleton gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Berichterstattung zu kurz gekommen ist. Gerade das Feuilleton müsse an der Schaffung des neuen deutschen Menschen tatkräftig mitwirken. Besonders bedeutsam sei dabei auch die Buchbesprechung.

Begrüßenswert sei ein jählicher Wettbewerb unter den Blättern, um festzustellen, welches Blatt das beste Buch eines unbekannten deutschen Dichters der Dessenität übermitteln kann. Es sei ein Verdienst der nationalsozialistischen Presse, in den letzten Jahren junge Künstler, junge Autoren der Dessenität vorgestellt zu haben.

Post in Frankfurt gelandet

Moskau, 19. Juli. Der amerikanische Weltflieger Wiley Post ist in Frankfurt um 15.45 Uhr Ortszeit gelandet.



Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Wenn sie wollte, verschwand Mario aus der Deutsch-Südamerikanischen Film-Korporation. Sie hatte ihn in der Hand, und sie würde ihre Macht rücksichtslos gebrauchen. Er würde schon zu spüren bekommen, daß es besser war, ihr ergebener Knecht zu bleiben.

Sie brauchte ihn wegen der Heirat mit Breitner keineswegs aufzugeben. Breitners internationale Geschäfte führten ihn oft genug auf Wochen überall herum. Es war Zeit genug für die Stunden der Liebe mit Mario, die sie nicht missen mochte.

Es war auf dem Höhepunkt des Festes, als ein Trompetensound der Kapelle alle Gäste in den Garten zusammenrief. Erwartungsvoll drängte sich alles um eine kleine Empore, auf der Mister Sayton zwischen Sonja Detzky und Generaldirektor Breitner stand. Man wußte nicht, was das zu bedeuten hatte.

„Ladys und Gentlemen“, sagte Sayton, nachdem Stille eingetreten war, „es ist mir eine besondere Freude, daß gerade bei einem Fest hier ich Ihnen eine angenehme Mitteilung machen kann. Der Star der Deutsch-Südamerikanischen Film-Korporation, Miß Sonja Detzky, hat sich mit Generaldirektor Breitner verlobt. Als Freund der beiden sowie als Partner von Mister Breitner wünsche ich dem berühmten Star unserer Film-Korporation und ihrem Verlobten herzlich Glück!“

Allgemeiner Beifall brach los, indessen Sayton dem eitel lächelnden Breitner und Sonja die Hand schüttelte. Das Orchester spielte einen Tusch. Alles drängte sich an die kleine Empore heran, um das Brautpaar zu gratulieren.

Sonja lächelte ihr verführerisches Lächeln. Aber ihre Augen suchten verflucht im Saal. Nun blieben sie an einer Säule haften, an die gelächelt Mario stand. Ein Ausdruck des Eids und des Jorneis lag auf seinen blauen gewordenen Zügen. Er machte keine Miene, sich gleich den anderen mit seinen Glückwünschen dem Brautpaar zu nähern.

Sonja war befriedigt. Sie glaube zu spüren, was in Mario vorging. Nun hatte sie sich für den heutigen Auftritt gerächt. Nun spürte Mario endlich, daß sie nicht nötig hatte, seinen Lachen nachzugeben. Nun mochte er sehen, wie er mit seiner Liebe fertig wurde! Sie wollte ihn eine ganze Weile schmachten lassen, und erst, wenn er sie um Entschuldigung gebeten hatte, würde sie ihm sagen, daß trotz ihrer Verlobung mit Breitner zwischen ihnen alles beim alten bleiben würde.

Mario hatte einen Augenblick mit sich gekämpft, ob er der konventionellen Pflicht genügen und seine Glückwünsche anbringen sollte.

Aber dann hatte er sich brüst umgedreht und das Fest verlassen.

Es war ihm ganz gleich, ob sein Benehmen auffiel oder nicht, ob sein plötzliches Verschwinden ihm schadete oder nicht. Er konnte Sonja jetzt nicht mehr begnügen.

Ein leidenschaftlicher Aufruf tobte in ihm. Er wußte nicht, was dieser Aufruf bedeutete. Schmerz? Javohl, auch Schmerz, daß er die Frau verloren hatte, an der er mit allen Sinnen, mit aller Manneseidenschaft gebunden. Aber viel mehr noch Abscheu, daß sie nur um der Karriere wegen sich einem Breitner zu ergeben konnte. Und vor allem Verachtung für die Lage, in die sie ihn bisher geführt. Sollte sie ihm nicht immer beteuern, daß ihre Liebenswürdigkeit Breitner gegenüber nur ein wohl berechneter Schachzug war, um den Filmgewinn für ihre Pläne willig zu machen? Eige war es gewesen, alle diese Vorgehensweise, denn sonst wäre diese öffentliche Verlobung jetzt ja unmöglich gewesen. Nur er hatte nichts von dem geglaubt, was vielleicht schon alle Welt wußte. Es war zuviel

— zuviel! Er mußte sich von dieser unwürdigen Leidenschaft zu Sonja lösen!

Seine Filmverpflichtung in Hollywood war ja ohnehin beendet, die Abreise zu einem Ferienurlaub an das Meer geplant. Nun hielt ihn auf einmal nichts mehr in Amerika. Er mußte fort. Er mußte auch räumlich von Sonja getrennt sein.

Während das Fest im Hause Sabtons bis in die frühen Morgenstunden ging und Sonja als strahlende Braut im Mittelpunkt der Aufmerksamkeiten stand, packte Mario Bernari mit Hilfe seines Boys seine Sachen und fuhr durch die Nacht auf der lichterblickten Straße mit seinem Sportwagen zur Bahnhofsstation. In der ersten Dämmerung erreichte er den Export.

Am nächsten Morgen erwachte Sonja Detzky erst gegen die Mittagszeit. Unter den Bergen von Post, die ihr allmählich gebracht wurden, unter all den Liebesbriefchen von unbekannten Verehrern, die sie auf der Leinwand gesehen hatten, Anfragen von Zeitungen, Interview-Gesuchen von Journalisten, Angeboten der Konkurrenz lag Marias Brief.

„Ich bin gegangen“, schrieb er, „weil es besser ist, wenn wir uns trennen. Ich scheide ohne Groll von Dir und wünsche Dir in Deinem Leben viel Glück. Wenn etwas Geschäftliches in unseren Filmangelegenheiten mit zu erledigen soll, so bitte: Paris, poste restante, Hauptpost. Sowie ich eine feste Adresse habe, werde ich diese dem Büro von Generaldirektor Breitner mitteilen. Liebe wolle!“

Mit wilden Augen starrte Sonja Detzky auf diesen Abschiedsbrief. Das hatte er gewagt? Er, den sie ans dem Nichts herausgeholt hatte? Er hatte ihr offenen Kampf angelegt? Nun, sie nahm ihn auf. Sie würde nicht ruhen, ehe sie Mario, um Verzeihung bittend, zu ihren Füßen legen würde.

Wütten in ihren Überlegungen klingelte das Telefon. Es war Breitner, der sie anrief. (Fortsetzung folgt.)

Dreifacher Selbstmord. In seiner Wohnung in der Pestalozzistraße in Halle wurde der 49 Jahre alte Bankdirektor Schent, seine 42 Jahre alte Ehefrau und sein 18 Jahre alter Sohn tot aufgefunden. Alle drei hatten durch Giftgas Selbstmord verübt. Der Grund zur Tat ist noch nicht bekannt.

Angetrieben . . . Der Leichnam des am 10. Juni bei der Insel Terchelling zusammen mit seiner Ehefrau in der Nordsee ertrunkenen Eigentümers der deutschen Segelyacht „Siella maris“ aus Düsseldorf wurde auf dem Strand von Terchelling aufgefunden. Die Leiche der Ehefrau wurde schon einen Tag nach dem Unglück aufgefunden.

Jzkon sucht Militärflughafen heim. Ueber den holländischen Militärflughafen Woesterberg ging ein Jzkon hinaus. Er näherte sich mit großer Schnelligkeit aus westlicher Richtung, führte ein Zelt etwa 40 Meter mit sich fort und ließ drei freitreibende Jagdflugzeuge in die Luft empor. Das erste Flugzeug wurde sofort in normaler Haltung wieder niedergelegt. Ein zweites überflog sich und wurde beschädigt, während die dritte Maschine 20 Meter weiter gegen einen Flugzeugschuppen geworfen wurde. Der Schuppen wurde teilweise zerstört. Zwei darin stehende Flugzeuge wurden von herabfallenden Balken getroffen.

Oesterreicher in Ostafrika ermordet. Nach einer Mitteilung aus Nairobi (Ostafrika) wurde ein österreichischer Staatsangehöriger, der 63jährige Anton Fabich, von Angehörigen in seinem Lagerhaus, 16 Kilometer von Nairobi entfernt, ermordet. Wahrscheinlich handelt es sich um Raubmord.

Elliot Roosevelt „Schuldig“. In dem vom Sohne des amerikanischen Präsidenten Elliot Roosevelt gegen seine Frau angestrebten Scheidungsprozess wurde auf deren Widerstand hin in Wien (Romada) der Baiter als der schuldige Teil erklärt. Frau Roosevelt hatte ihre Widerstände mit außerordentlich grausamer Behandlung durch ihren Ehemann begründet.

Joseph Harriman erneut verschwunden. Der Bankier Joseph Harriman, der wegen falscher Buchungen am 14. 3. d. J. in New York verhaftet worden und am 19. Mai freigesetzt war, um allerdings bereits am nächsten Tage wieder aufgegriffen zu werden, ist erneut verschwunden. Harriman, der früher Präsident und dann Aufsichtsratsvorsitzender der Harriman National Bank and Trust Co. war, hatte seinerzeit gegen Stellung einer Kaution von 25 000 Dollar seine Freilassung aus dem Gefängnis bewirkt, damit er in einem Krankenhaus auf sein Herzleiden hin behandelt werden könne.

Balbos weitere Pläne

Chicago, 19. Juli. Luftfahrtminister Balbo deutete in einem Interview an, daß man in Italien nach der Rückkehr des Geschwaders nach Rom die Pläne eines Geschwaders um die Erde mit aller Sorgfalt prüfen werde.

Der Erfolg des Fluges sei auf die sorgfältige Vorbereitung, auf die gründliche Auslese der Piloten und auf die gute Konstruktion der Wasserflugzeuge zurückzuführen, die sich auch auf der gefährlichen Flugroute durch die Nebelbänke zwischen Island und Labrador bewährt hätten.

Post auf Rekordjagd

Der amerikanische Weltflieger Wiley Post ist nach kurzem Aufenthalt von Nowosibirsk in Richtung Ostfuk gestartet. Post benutzte die Zeit zwischen Landung und Start zur Einnahme einer Mahlzeit, zum Ueberprüfen des Motors und zum Ausruhen. Das Wetter auf der vor ihm liegenden Strecke soll nach den letzten Meldungen günstig sein. Post hat bisher seinen letzten Rekord unterboten.

Litauen in Trauer

Kowno, 19. Juli. Der ganzen Bevölkerung hat sich die Trauer bemächtigt, seit die Nachricht von dem tragischen Witz der litauischen Ozeanflieger Darius und Girasas eingetroffen ist. Der Staatspräsident hat Nationaltrauer erklärt. Auf allen öffentlichen und vielen privaten Gebäuden wehen die Flaggen halbmast. Die Ueberführung der Toten und ihres zerrütteten Flugzeugs wird auf Staatskosten gesehen. Den Fliegern wird ein Staatsbegräbnis zuteil werden. Als Ursache des Unglücks wird der heftige, mit schwerem Regen verbundene Gewittersturm angesehen, der an der Nordküste wüthete und die weit ins Land hinein schwere Bewölkung zur Folge hatte.

Ministerpräsident Reichsfluchtminister Göring hat an den litauischen Ministerpräsidenten folgendes Beteiligungsgramm gerichtet: „Hnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, spreche ich zu dem nach heldenmütigem Flugzug vor Erreichen der Heimat besonders traglichen Tode der litauischen Ozeanflieger die herzlichste Anteilnahme der deutschen Luftfahrt aus.“

Flugzeugunglück bei Lyon

In Lyon hat sich ein schwerer Flugzeugunfall ereignet. Ein zweimotoriger Apparat, der von dem Schweizer Flieger E. Lozing gesteuert wurde und einen Lyoner Passagier mit Bord hatte, stürzte aus bisher unbekannter Ursache ab. Die beiden Insassen kamen ums Leben.

Die Brenner-Bahn verschüttet

Innsbruck, 19. Juli. Infolge der wolkenbruchartigen Regenfälle ist zwischen Schellenberg und Gossensaig eine große Steinmure niedergegangen, welche die Gleise der Brennerbahn verschüttete. Ein Schneeflug fuhr in die Mure hinein und blieb darin stecken. Zwei Wagen entgleisten. Personen sind jedoch nicht zu Schaden gekommen. Der Verkehr war längere Zeit gestört.

Feriengeheft mit eingeborenen Räubern

Paris, 19. Juli. Der Panzerwagen eines mit Gehaltszuschüssen betrauten Militärschmeisters, der 500 000 Francs mit sich führte, wurde, wie „Petit Journal“ aus Casablanca meldet, von Eingeborenen in der Gegend von Rich überfallen. Etwa 30 Eingeborene, die mit Gewehren bewaffnet waren, wollten sich des Wagens und seines Inhaltes bemächtigen. Die Besatzung des Panzerautos ließ jedoch ihre Maschinengewehre spielen und schlug die Angreifer, die 20 Tote und Verletzte zu verzeichnen hatten, in die Flucht.

Die deutsche Kriegsgräberstätte Bitolj (früher Monastir) Jugoslawien



Deutsche Kriegsgräberstätte Bitolj (früher Monastir), Jugoslawien. Erbauung vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. — Einseitschnitt von Professor Walter Kimm, Weimar

Unser Volk ist zu sich selbst zurückgeteilt und hat wieder ein echtes, tiefes Verhältnis zu seiner Geschichte, Gegenwart und Zukunft gefunden. Ein beglückendes Zeichen hierfür sehen wir darin, daß die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in immer weiteren Kreisen unseres Volkes Anerkennung findet und ihm aus neuer Opferbereitschaft die Mittel zufließen, um seine große Aufgabe fortsetzen zu können.

Nach dem vordringlichen Ausbau unserer Feldentrübsäle in Frankreich, wo nunmehr etwa die Hälfte aller deutschen Kriegsgräberstätten in würdevollem Zustand hergerichtet ist, ist der Volksbund jetzt darangegangen, auch in ferneren Kampfzonen Denkmale deutschen Heldenmuts und deutscher Totenachtung zu schaffen. Eines der großartigsten Bauwerke stellt die Ringburg bei Bitolj

(früher Monastir) dar in Jugoslawien. Hoch auf einer Bergtuppe, die Stadt weithin sichtbar überragend, sind in einer mächtigen steinernen Ringmauer die Gebeine unserer Helden aus der umliegenden Kampfzone gesammelt. Der Eingangsbau, organisch in das Kreisrund der Grabstätte eingefügt, rückt sich in mächtigen Blüten gen Himmel und birgt in seinem Innern einen Weiheraum mit einem schlichten Sarkophag, auf dessen Sockel die Wappen aller deutschen Staaten eingemeißelt sind. Ueber ihm, an der Decke, schwebt auf goldenem Wappengrund ein Adler und breitet königlich seine Fittiche. Zeitlos — ewig in seiner Form, wie ein Walfisch, thront diese Totenburg auf der Höhe des Berges und flendet in fremden Lande für alle Zeiten von dem Geliebten unserer Brüder.

Zus Nah und Fern

Mittelungen und Berichte über örtliche Vorक्रमnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

ESKfletch, den 20. Juli 1933

Tages-Zeiger

○-Ausgang: 4 Uhr 27 Min. ○-Untergang: 8 Uhr 38 Min.

Schwarzwald

12.50 Uhr Vorm. — 1.20 Uhr Nachm.

21. Juli: 1.40 Uhr Vorm. — 2.00 Uhr Nachm.

* Von der ersten Reise sind folgende Logger hier angekommen: Dampflogger „Futuh“ mit 559 Kanjes, Motorlogger „Waxfletch“ mit 413 Kanjes und Motorlogger „Gerlind“ mit 651 Kanjes Heringen. * S. M. A. berichtet. Nachdem der Wandersmann V. d. R. Paradies nach dreitägigem March am Sonnabend abend in Hannover eingetroffen war, hat er am Montag morgen seinen Gang fortgesetzt und ist am selben Abend noch in Peine angekommen. Am Sonnabend hofft der rüthige „Jüngling“ sein Ziel, Berlin, erreicht zu haben. Unsere besten Wünsche begleiten ihn. Heil Hitler!

* Am Freitag, dem 21. Juli, kann Herr Schiffszimmermann Joh. h. an. v. Baum e. k. e. r. Werritabe, seinen 80. Geburtstag feiern. Die Zeit des Schiffbaus auf Eskfletcher Gelgen (1850—1885) hat dieser ehrenwürdige Einwohner miterlebt. Herzlichen Glückwünsch auch unsererseits!

* Ein jeder deutsche Volksgenosse, der seine Arbeit behalten will bzw. Arbeit haben möchte, muß gewerkschaftlich organisiert sein. Die Aufnahme muß bis zum 1. August d. J. vorgenommen sein. Wer bis zu dem Tage nicht organisiert ist, zeigt damit, daß er ein Gegner der „Deutschen Arbeitsfront“ ist. Da unser Führer, der Reichskanzler Adolf Hitler, die Schirmherrschaft der Deutschen Arbeitsfront übernommen hat, zeigt ein Unorganisiertes, daß er auch den Führer bekämpft.

Am in letzter Stunde den Arbeitnehmern der Holzindustrie noch Gelegenheit zu geben, ihren Eintritt zu erklären, sind vom Deutschen Holzarbeiterverband nachstehende Versammlungen angelegt:

Freitag, den 21. d. M., um 20.30 Uhr im „Stebinger Hof“ in Eskfletch für den Bezirk des Arbeitsamtes Eskfletch.

Sonntag, den 23. d. M., um 10 Uhr vormittags im „Centralhotel“, Brale, Mittelbeicht. 34, für den Bezirk des Arbeitsamtes Brale.

Montag, den 24. d. M., um 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Nordenham, Schulstr. 10, für den Bezirk des Arbeitsamtes Nordenham.

Als Holzarbeiter gelten: Biersternmacher, Bildhauer, Drechsler, Stodarbeiter, Schlemmader, Knopfmacher, Kammacher, Korbmacher, Korbschneider, Stellmacher, Tischler, Klaviermacher, Stuhlbauer, Polierer, Modelltischler, Schiffstischler, Barckeltischler, Vergolder, Maschinenarbeiter, Säger, Schneidemühlenarbeiter, Ristenmacher, Pantinenmacher usw.

* Der Eskfletcher Kriegerverein hielt Sonnabend eine Versammlung ab. Der Aufzug zur Förderung des aktiven Luftschutes war auch an den Krieger-Verein gelangt mit der Bitte, an der Sammlung teilzunehmen. Zum Ein sammeln der Spende wurden 10 Kameraden gewählt. Als Anfang dazu wurde in der Versammlung ein Betrag von 4.50 RM gesammelt. Der 1. Vorsitzende, Kamerad Dr. Fortmann, gab bekannt, daß er durch die starke Inanspruchnahme in seinem Berufe nahezu keine Zeit mehr fände, für den Verein zu wirken. Er sei gezwungen, sein Amt niederzulegen, wolle aber der 1. Vorsitzende des Amtskriegerverbandes bleiben. Schwere Herzen mußte der Verein sich fügen und für

den verdienstvollen 1. Vorsitzenden, der sein Amt 5 1/2 Jahre vorbildlich und mit großen Erfolgen führte, einen neuen wählen. Nach mehreren Vorschlägen fiel die Wahl auf Kamerad Alb. Müller, Eskfletch. Dieser erklärte sich zur Annahme bereit. Er wurde darauf vom Kameraden Dr. Fortmann in sein Amt eingeführt. Der neue 1. Vorsitzende gab in einer Ansprache bekannt, daß er sein Amt nach dem Vorbilde seines Vorgängers führen und mit allen Kräften für den Verein streben werde. Zum 1. Schriftführer wurde Kamerad Wenz bestimmt. Es wurde beschlossen, am 13. August d. J. einen Ausflug nach Bad Zwischenahn zu machen. Die Gruppenführer werden mit Ammelbestellen bei allen Kameraden vorsehen, dazu einladen und dabei eine Vorauszahlung von 1 RM für jeden Teilnehmer einziehen. Die weiteren Vorbereitungen sind bereits aufgenommen und wird der Ausflug in jeder Weise zufriedenstellend ausfallen. Geplant ist ein gemeinschaftliches Mittagessen. Möge der Himmel ein Einsehen haben und gutes Wetter beschicken. Weiter fand ein Antrag, fortan bei den Versammlungen sich der plattdeutschen Sprache zu bedienen, allgemeine Annahme.

* Riffhäuserjugend des Kriegerverbandes Eskfletch. Am Sonntag, dem 16. d. M., fand in Nordemoor auf den Riffhäusern des Moorriemer Schützenvereins zwischen den Riffhäuserjugendgruppen Eskfletch, Großenmeer und Neuenhutorf ein Welttschießen um die Hindenburgplatte statt. Sieger wurde die Jugendgruppe Eskfletch mit 230 Ringen gegen Großenmeer mit 217 Ringen und Neuenhutorf mit 195 Ringen. Die drei besten Schützen waren Fröh Nordenholt, Eskfletch, mit 69 Ringen, Hans Münteremann, Eskfletch, mit 66 Ringen und Thormählen, Großenmeer, mit 62 Ringen, ferner errang Hans Münteremann, Eskfletch, mit 132 Ringen die erste Einzel zur Schützenhahn. Es war dies das letzte Schießen der Riffhäuserjugendgruppen vor der Auflösung. Ein herzlich Dank wurde dann noch dem Verbandsjugendleiter Geäper, Großenmeer, durch den Verbandsvorsitzenden Dr. Fortmann, Eskfletch, zuteil, für die von ihm den Jugendgruppen aus heißer Vaterlandsliebe geleistete Arbeit. Einen ebenfolgenden Dank wurde dem Führer der Jugendgruppe Eskfletch, G. Münteremann. Mit einem kräftigen Riffhäuserheil wurde das Schießen beendet.

* Die Gauleitung Weier-Ems der NSDAP erläßt an sämtliche Ortsgruppen und Stützpunkte folgende Anordnung:

Alle Untergliederungen der Partei veranlassen sofort Eintragung aller evangelischen Mitglieder in die Wählerliste. Formulare sind von der zuständigen Kirchengemeinde anzufordern und bis Freitag, dem 21. d. M. zurückzusenden. Am Sonntag, dem 23. d. M. wählen alle Nationalsozialisten die Liste „Deutsche Christen“.

* Warnung vor einem Schwindler. Wie der Pressestelle der Landwirtschaftskammer vom Bakteriologischen Institut mitgeteilt wird, reißt im Oldenburger Lande ein Schwindler herum, der unter der Angabe, er sei Vertreter der „Vereinigten Bakteriologischen Institute Oldenburg“, sich bei den Landwirten Zutritt verschafft und ihnen ein Mittel gegen Ungeziefer des Geflügels verkauft. Vor dem Schwindler wird gewarnt. Zweckdienliche Mitteilungen werden an das Bakteriologische Institut, Oldenburg i. O., erbeten.

* Neue Mittel für die Bezugsführung von Instandsetzungsarbeiten. Nach dem von

Gerade an heißen Tagen . . .

das herrlich erfrischende - Chlorodont - erhält die Zähne gesund und weiß
Zahnpaste - Mundwasser

der Reichsregierung Ende der letzten Woche erlassenen Gesetz werden in Kürze neue Mittel für die Bezugsfassung von Zustandsbegungsarbeiten und für die Teilung von Wohnungen zur Verfügung stehen. Wie hoch die Mittel für den Freistaat Oldenburg sein werden, läßt sich heute noch nicht sagen. Zunächst dürften aber die wegen Mangel an Mitteln unerledigt gebliebenen 2500 Anträge Berücksichtigung finden. Die Prüfung der Anträge geschieht nicht mehr durch die Hochbauabteilung des Staatsministeriums, sondern durch die Amtsbaumeister in den einzelnen Gemeinden und in den Städten durch die Stadtbauämter. Die unerledigten 2500 Anträge sind bereits den zuständigen Beamten zugestellt worden.

*** Oldenburg, 18. Juli 1933.** Zentralviehmarkt. Amtlicher Marktbericht. Rucht-, Nutzvieh- und Pferdemarkt. Auftrieb: Insgesamt 134 Tiere.

A) Rucht- u. Nutzviehmarkt. Auftrieb: 92 Stück Großvieh, darunter 8 Kälber. Es kosteten:

hochtragende Kühe 1. Qualität	320—350 RM
" " 2. Qualität	260—310 "
" " 3. Qualität	180—250 "
tragende Kühe 2. Qualität	180—245 "
gute Kühe und Weibetiere	100—200 "
Zuchtkälber (bis 14 Tage alt)	10—20 "

Ausgeschütete Tiere vereinzelt über Notiz, Marktverlauf: Schlecht.

B) Pferdemarkt. Auftrieb: 42 Pferde. Es kosteten:

beste Arbeitspferde	500—750 RM
mittlere Arbeitspferde	200—350 "
Schlachtpferde	60—110 "
gute Mullen	250—450 "

Beste Tiere vereinzelt über Notiz, Marktverlauf: Schlecht.

S Oldenburg. Auf dem Zentralviehmarkt hat ein junger Mann unter auffälligen Bedingungen eine Luene zum Verkauf an. Als er den Abstammungsnachweis für das in nächster Zeit fallende Tier erbringen sollte, verweigerte er sich in derartige Widersprüche, daß Verdacht gegen ihn geschöpft und die Polizei benachrichtigt wurde. Schließlich gestand der junge Mann, der äußerlich keinen schlechten Eindruck machte, ein, daß es sich nicht um sein Eigentum handelt, sondern daß er die Luene auf der Landstraße bei Verne gefunden habe. Sofort telefonisch angestellte Ermittlungen ergaben, daß dem Landwirt Siemer in Moorhausen in der letzten Nacht das Tier aus der Weide gestohlen worden war. Der Dieb, der verhaftet wurde, gab vor, sich in große Not befinden zu haben und aus diesem Grunde das Tier zu Gelde machen zu wollen und vorgehabt zu haben, sich Kleidung dafür zu kaufen. Daß er es aus der Weide gestohlen hat, bestreitet er entschieden. — Dem Freistaat Oldenburg werden für Juli aus der Reichswohlfahrtskasse 271 442 RM überwiesen. Bei der Verteilung dieser Mittel werden die infolge der Verwaltungsreform gebildeten neuen Bezirke im Landesteil Oldenburg berücksichtigt werden, so daß Buttingen, Elsfleth und Brake als „Wefermarsch“, Jevers und Barel als „Friesland“ und Westerstede als „Ammerland“ bezeichnet wird. Auf Völkerei entfallen reichlich 62 000 RM, auf Völkerei reichlich 36 000 RM auf die Wefermarsch fast 49 000 RM auf Oldenburg fast 30 000 RM, auf Jbar 22 500 RM, auf Friesland fast 17 000 RM, auf Hüfingen 14 400 RM, auf Oberstein 14 000 RM, auf Ammerland 11 000 RM.

*** Bad Zwischenahn.** Hier wurden mehrere Frauen und Mädchen eines hiesigen Betriebes zur Anzeige gebracht, weil sie sich in beleidigender Weise über Reichsregierung und Führer der NSDAP geäußert hatten. Bei den polizeilichen Nachforschungen stellte sich heraus, daß die Betroffenen sich der Tragweite ihres Tuns nicht bewußt waren, so daß sie diesmal mit einer Verwarnung davontamen.

*** Husbäte.** In der Nacht zum Sonntag brannte die Dorfstraßenfabrik der Agilla GmbH vollständig nieder. Ohne daß jemand etwas vorher bemerkte, stand plötzlich die ganze Fabrik in Flammen, so daß es der Familie des Maschinenmeisters Stablich, die in dem Hause wohnte, nur mit knapper Not gelang, ihr Leben zu retten. Stablich besaß jedoch Gelistesgegenwart genug, sofort den Dampfessel abblasen zu lassen, um damit eine Explosion zu vermeiden. Von der Fabrik sprang das Feuer auch auf einige Waggons, die mit Torfstreu beladen waren, von denen zwei vollständig verbrannten. Die Edwechter Feuerwehr mußte sich auf das Ablöschen des Feuers beschränken, denn zu retten war nichts mehr. Während der Nacht wurden starke Brandwachen zurückgelassen, da sich das Feuer in die Dorfballen tief eingegraben hatte und dafür gesorgt werden mußte, daß es nicht wieder hochkam. Die Entschädigungsurfrage ist unbekannt. Ein Kurzschluss kann nicht in Frage kommen, da die Leitungen noch während des Brandes in Ordnung waren. Der Gesamtschaden beziffert sich auf etwa 60—70 000 RM.

*** Wexen.** Drei Tippelbrüder wollten von Wexen nach Bremerhaven. Sie hatten aber nicht genügend Geld, um die Heberfahrtskosten zu bezahlen. Kurz entschlossen entkleideten sich zwei von ihnen, schnallten ihre Kleider zu einem Bündel zusammen, reichten dieses den dritten Genossen und sprangen in den „Bad“, um durch die Weser zu schwimmen. Der zurückgebliebene Dritte, für den sie das Fahrgeld zusammengeworfen hatten, ließ sich mit dem Dampf überleben. Wennsüßig rief man von Wexen aus nach einiger Zeit in Lünefel an. Dort hatten sich die beiden Schwimmer, vollständig ermattet, in ein vor der Einfahrt liegendes Boot gerettet. Ihre Hilferufe wurden vom Lande aus gehört, und mit einem Boot wurden die beiden geborgen. Wenn man die Breite der Weser von etwa 2500 Metern, die gewaltige Strömung, die hier herrscht, und die Schwimmdauer von 1 1/2 Stunden betrachtet, so ist dies eine starke Leistung. Die beiden Tippelbrüder können sich freuen, daß sie ihren Versuch nicht mit dem Leben gebüßt haben. Wäre nicht Stauwasserzeit gewesen, hätten sie ihr Ziel bestimmt nicht erreicht.

*** Ellwürden.** Aus einer Weide in Stedentkon wurde einem hiesigen Landwirt ein einjähriges Kind von

Auf Anregung des Herrn Reichsministers des Innern wird folgendes bekanntgegeben:

1. Es ist allgemein Übung geworden, beim Singen des Liedes der Deutschen und des Horst-Wessel-Liedes (1. Strophe und Wiederholung der 1. Strophe am Schluß) den Hitlergruß zu erweisen ohne Rücksicht darauf, ob der Grüßende Mitglied der NSDAP ist oder nicht. Wer nicht in den Verdacht kommen will, sich bemüht ablehnend zu verhalten, wird daher den Hitlergruß erweisen.

2. Nachdem der Parteienstaat in Deutschland überwunden ist, und die gesamte Verwaltung im Deutschen Reich unter der Leitung des Reichskanzlers Adolf Hitler steht, erscheint es angebracht, den von ihm eingeführten Gruß allgemein als deutschen Gruß anzuwenden. Damit wird die Verbundenheit des ganzen deutschen Volkes mit seinem Führer auch nach außen hin klar in Erscheinung treten.

Die Beamtenschaft muß auch hierin dem deutschen Volke vorangehen. Deshalb und um eine gleichmäßige Übung innerhalb der Behörden zu gewährleisten, ordnet das Staatsministerium an:

- Sämtliche Beamte, Angestellte und Arbeiter von Behörden grüßen im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen durch Erheben des rechten Armes,
- Beamte in Uniform grüßen in militärischer Form; wenn sie keine Kopfbedeckung tragen, grüßen sie durch Erheben des rechten Armes.
- Es wird von den Beamten erwartet, daß sie auch außerhalb des Dienstes in gleicher Weise grüßen.

Oldenburg, den 17. Juli 1933.

Staatsministerium

Pauly

500 bis 600 Pfund gestohlen. Man fand im übrigen auf der Weide an den Hörnern eines zweiten Kindes noch ein Tau, so daß angenommen werden muß, daß die Viehdiebe vorhatten, auch dieses Kind zu stehlen, dann aber wohl geflohen sind.

*** Bremen.** Die Staatliche Pressestelle teilt mit: In letzter Zeit sind auf dem Schlachthof bei der tierärztlichen Kontrolle viele Schweine dadurch aufgefallen, daß das Fett dieser Tiere eine etwas gelbliche Verfärbung zeigte. Bei der Kochprobe, die mit dem Fleisch angefertigt wurde, konnte ein deutlicher Geruch und Geschmack nach Fisch festgestellt werden. Bei mehreren Tierkörpern trat dieser Fehler so stark auf, daß diese der Abdeckerei übergeben werden mußten. Die beschriebene gelbliche Verfärbung des Fettes (insbesondere bei Speck und Flomen) war bei einigen Tieren aber gar nicht vorhanden, so daß sie in den freien Verkehr kamen. Die Schlachter brachten dann bei nachträglicher Feststellung des Fehlers in ihrem Betriebe in diesen Fällen das Fleisch zum Schlachthof zurück, wobei es nach Anstellung der Kochprobe nachträglich beanstandet wurde. Diese Feilen werden veröffentlicht, um einerseits den Schlachter vor unberechtigten Verärgerungen seitens der Kundenschaft zu bewahren, andererseits aber auch, um den Mäkten einen Fingerzeig zu geben, bei schlachtreifen Mastschweinen mit der Fütterung solcher Futtermittel, die dem Fleisch einen Fischgeschmack oder Geruch nach Fisch verleihen, rechtzeitig vor dem Verkauf der Tiere zur Schlachtung aufzuhören.

*** Norderey.** In den hiesigen Hafen lief ein kleines Segelboot ein, das sich auf der Reise von Berlin nach London befindet. Das Boot führt den Namen „Weerschweinden“, und ist am 18. Juni von der Havel abgesegelt. „Weerschweinden“ mit den Neufußlern Trinkwitz und Peuter an Bord, hat 1930 hier bereits an einer Regatta teilgenommen. Das Boot, das als Mastfötkchen ein Weerschweinden mit sich führt, soll in England bei einer Regatta den Start geben.

Elsfleth. In Auftrage der Kunke'schen Kontursverwaltung verkaufe ich den an der Friedrich-Augusts-Straße in Elsfleth belegenen

Garten

mit beliebigem Antritt. Der Garten hat eine Größe von 1324 qm und eignet sich besonders als Bauplatz.

Zweiter Verkaufstermin steht am

Freitag, dem 21. Juli 1933, nachmittags 5 Uhr, in Harmjanz Gasthause in Elsfleth.

Der Zuschlag soll möglichst sofort erteilt werden. Interessenten erhalten Auskunft kostenlos.

Hr. Schröder, amtl. Aukt.

Mein

Saison-Schlußverkauf

beginnt am 20. Juli

Die Sommerware muß geräumt werden, deshalb zu

Schleuderpreisen

Besichtigen Sie meine Schaufenster

Emil Ahlers (früher H. G. Lange)
Mühlenstraße 14

Amtskasse Wefermarsch

Brake, den 17. Juli 1933

Öffentliche Mahnung!

Die am 1. Juli 1933 fällig gewesene zweite Rate der Steuer vom bebauten Grundbesitz ist nunmehr bis spätestens zum 25. Juli d. J. zu zahlen, andernfalls Beitreibung (Pfändung) erfolgt.

Unser

Saison-Schluß-Verkauf

beginnt heute Donnerstag

Wir bringen große Quantitäten Sommerware und Baumwollwaren zu nie gekannt billigen Preisen zum Verkauf

Und den Restbestand in

Sommer-Konfektion

als Mäntel, Kleider, Blusen, Pullover und Röcke alles für Kleingeld

Th. von Freedon

Johannisbeeren
(Holländer) schöne reife, zum Selbstaftmachen, Pfund 10.-
Oskar Schumacher
Oberhammelwarden

Zu verkaufen circa
2000 Pfund Heu
G. Grube, Oberrege

Huntebrück
„Zur Erholung“
Sonntag, den 23. Juli

Großer Ball
Anfang 7 Uhr
Es ladet freundlichst ein
Frig Stolle

Saison-Schluß-Verkauf

bei

D. G. Baumeister

beginnt Donnerstag, den 20. Juli



Freiwillige Feuerwehr des Eisflether Turnerbundes

Am Sonntag, dem 23. d. M. findet in Elsfleth der

Bezirksfeuerwehrtag

statt. Der Verlauf ist folgender:

- 14—15 Uhr: Empfang der auswärtigen Wehren
- 15—16 Uhr: Bezirksstagung im „Tivoli“
- 16 Uhr: Festmarsch mit anschließender Übung der Wehr Elsfleth auf der Rajze, Kommerz- und Unterhaltungskonzert im „Tivoli“
- 19 Uhr: Tanz in der Hauptfeuerwache (Krause) und bei Geister

Das Eintrittsgeld zu sämtlichen Veranstaltungen beträgt 0.75 RM

Wir laden die gesamte Einwohnerschaft und Umgebende zu dieser Veranstaltung herzlichst ein

Der Vorstand und Ausschuß

Uns wurde heute eine Tochter geboren

In dankbarer Freude

Georg und Annemarie Meiners
geb. Löseckann

Oldenburg, den 17. Juli 1933
z. Zt. Landesfrauenklinik